

Dezember 2022

Länderbericht

Multilateraler Dialog Genf



Überraschung bei der Ersatzwahl des Schweizer Bundesrats

Albert Rösti (SVP) und Elisabeth Baume-Schneider (SP) ersetzen Simonetta Sommaruga und Ueli Maurer

Olaf Wientzek, Cedric Amon.¹

Durch den Rücktritt der langjährigen Bundesratsmitglieder Ueli Maurer (Schweizerische Volkspartei, SVP) und Simonetta Sommaruga (Sozialdemokratische Partei der Schweiz, SP) war eine Ersatzwahl von zwei der sieben Schweizer Bundesräte notwendig geworden. Zwar war schnell klar, dass die Parteien nicht an der Schweizer Zauberformel rütteln und sich nichts am Kräfteverhältnis der im Bundesrat vertretenen Parteien ändern würde. Dennoch gab es eine Überraschung: Statt ihrer favorisierten Basler SP-Parteigenossin Eva Herzog, machte die dem linken Flügel zugehörige Elisabeth Baume-Schneider aus dem Jura im dritten Wahlgang äußerst knapp das Rennen. Keine Überraschung gab es hingegen beim SVP-Kandidaten: Hier setzte sich mit dem ehemaligen Parteivorsitzenden Albert Rösti der Favorit gegen seinen Parteifreund Hans-Ueli Vogt durch. Durch das Wahlergebnis werden die deutschschweizer Bundesräte erstmals seit 1920 in der Minderheit sein. Noch mehr sorgt allerdings die fehlende Vertretung größerer urbaner Zentren in dem Gremium bei Vertretern aus Politik und Öffentlichkeit für Verstimmung.

Hintergrund

Im Herbst gaben mit Ueli Maurer und Simonetta Sommaruga zwei amtierende Bundesräte ihren Rücktritt bekannt. Die 62-jährige Sommaruga zog sich am 2. November nach zwölf Jahren Amtszeit aus familiären Gründen zurück. Zuletzt fungierte sie als Leiterin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation. Der 71-jährige SVP-Politiker Maurer, der seinen Abschied bereits am 30. September angekündigt hatte,

diente insgesamt 14 Jahre als Bundesrat, zuletzt als Leiter des Eidgenössischen Finanzdepartements. Das machte nun bei der nächstmöglichen Parlamentssession eine Ersatzwahl für beide Positionen notwendig.

Rolle des Bundesrats

Der Bundesrat ist die oberste leitende und vollziehende Behörde des Bundes (Artikel 174 der Bundesverfassung). Die sieben gleichberechtigten Bundesräte der Schweiz werden jeweils vom eidgenössischen Parlament – der Vereinigten Bundesversammlung, die sich aus dem 200-köpfigen Nationalrat und dem 46-köpfigen Ständerat zusammensetzt – für eine Legislatur gewählt. Die Bundesräte bilden die Bundesregierung und stehen jeweils einem Ressort vor, während zwei Mitglieder des Bundesrates zusätzlich das Bundespräsidentenamt bzw. das Vizepräsidentenamt ausfüllen. Die Präsidentschaftspositionen werden jährlich von der Vereinigten Bundesversammlung gewählt, wobei keine Wiederwahl im Folgejahr möglich ist.

Die politische Konstellation des Bundesrates ist nicht verfassungsrechtlich geregelt und wird über die sog. Zauberformel gebildet. Diese soll dem Prinzip der Schweiz als Konkordanzdemokratie gerecht werden, wonach die wichtigsten Parteien und gesellschaftliche Gruppierungen in einen konsensbasierten Prozess miteinbezogen werden sollen. Nach derzeitiger Auslegung stehen SVP, SP und FDP jeweils zwei Sitze und der christdemokratischen Partei Die Mitte ein Sitz zu. Darüber hinaus schreibt die Bundesverfassung vor (Artikel 175 Satz 4), „darauf Rücksicht zu nehmen, dass die Landesgegenden und Sprachregionen angemessen vertreten sind.“

¹ Alexis Richardeau arbeitete bei der Vorbereitung dieses Berichts mit.

Dass Bundesräte nicht bei den ohnehin stattfindenden Erneuerungswahlen nach den Parlamentswahlen, sondern bereits während der Legislaturperiode ausgetauscht werden, ist in der Schweiz nicht ungewöhnlich und eher Regel als Ausnahme.

Bei den Ersatzwahlen wird meist der bestehende Parteienproporz respektiert, die jeweilige Partei legt aber meist ein Ticket mit zwei Kandidaten oder Kandidatinnen vor und gibt der Vereinigten Bundesversammlung mithin eine Auswahl. Am 18. Oktober erklärten die Grünen, die trotz 13,2% bei den letzten Parlamentswahlen bislang keinen Bundesrat stellen, auf eine eigene Kandidatur zu verzichten, die „Entscheidung sei hier bereits getroffen“. Entsprechend war klar, dass die Zauberformel auch im erneuerten Bundesrat Bestand haben würde.

Die Kandidatinnen und Kandidaten

Die SVP-Fraktion nominierte am 18. November den Berner Oberländer Albert Röstli und den Zürcher Hans-Ueli Vogt.

Der 55-jährige aus dem Berner Oberland stammende **Albert Röstli** ist einer der bekanntesten SVP-Politiker. Er ist seit 2011 Nationalrat und seit 2014 der Gemeindepräsident der Stadt Uetendorf. Von 2016 bis 2020 war er Präsident der SVP, trat jedoch nach einem schwachen SVP-Ergebnis bei den Parlamentswahlen 2019 zurück. Als langjähriger Nationalrat war er u.a. Präsident der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, Mitglied der Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag und Mitglied der Kommission für Umwelt. Seine Schwerpunkte liegen dabei in den Bereichen Gesundheit, Agrarwirtschaft und Energie. Wegen seiner zahlreichen Mandate außerhalb der parlamentarischen Tätigkeiten ist Röstli bei Vertretern anderer Parteien nicht ganz unumstritten. Bis 2022 war er beispielsweise Präsident von Swissoil, dem Dachverband der eidgenössischen Brennstoffhändler. Röstli gilt im Ton als vergleichsweise moderat und wurde mit Blick auf die wichtige Kollegialität als bundesratskompatibel eingestuft.

Ein anderes Profil vertrat **Hans-Ueli Vogt**. Der gebürtige Zürcher ist als Rechtsprofessor an der Universität Zürich tätig. Zwischen 2011 und 2015 war er Kantonsrat, zwischen 2015 und 2021 Nationalrat. Europapolitisch ein SVP-Hardliner, hat er die Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“ wesentlich lanciert. Diese 2018 mit 2/3 Mehrheit vom Volk abgelehnte „Selbstbestimmungsinitiative“ verlangte die Bundesverfassung über das Völkerrecht zu stellen. Der offen homosexuelle Vogt gehört zur

Minderheit der SVP-Parlamentarier, die sich für die Ehe für alle geäußert hatten.

Die SP machte schnell deutlich, dass sie – um die Geschlechterbalance im Bundesrat nicht zu verändern – ein rein weibliches „Ticket“ ins Rennen schicken würde. Letztlich setzten sich in einer fraktionsinternen Abstimmung die Baslerin Eva Herzog und Elisabeth Baume-Schneider aus dem Jura durch. Dennoch erklärte mit dem bekannten Zürcher Ständerat Daniel Jositsch ein männlicher Vertreter ohne offizielle Unterstützung seiner Partei seine Kandidatur.

Die 58-jährige aus dem Kanton Jura stammende **Elisabeth Baume-Schneider** arbeitete nach einem Studium von Wirtschaft und Politik 13 Jahre als Sozialarbeiterin. Von 1995 bis 2002 war sie Mitglied des Parlaments des Kantons Jura, 2000-2002 dessen Präsidentin. 2002 wurde sie in die Kantonsregierung gewählt und hatte das Department der Erziehung, der Kultur und des Sports inne und blieb bis 2015 Mitglied der Regierung. 2019 wurde sie für den Kanton Jura in den Ständerat gewählt. Baume-Schneider – früher einmal Marxistin - gilt als Vertreterin des linken Flügels der Partei. Sie betonte im Vorfeld, sich für die Randregionen und die Diversität der Schweiz einzusetzen.

Die Basler Historikerin **Eva Herzog** gilt als Vertreterin des pragmatischen Flügels der SP. Zwischen 1999 und 2003 war sie Mitglied des Verfassungsrats von Basel-Stadt und zwischen 2001 und 2005 Mitglied des Großen Rats. Von 2005 bis 2020 war sie Regierungsrätin des Kantons und Vorsteherin des Finanzdepartements, wo sie sich durch eine pragmatische und konsequente Politik über Parteigrenzen hinaus Respekt erwarb. 2018 wurde sie in den Ständerat gewählt. Ihre politischen Schwerpunkte sind Finanzfragen, Arbeit, Bildung, Forschung Innovation. In der Kampagne fiel sie zudem durch eine pro-EU-Haltung auf und forderte eine rasche Aufnahme der Verhandlungen über die künftigen Beziehungen.

Nach den Anhörungen äußerte kaum eine Fraktion eine Präferenz, die meisten erklärten alle vier offiziellen Kandidaten für „geeignet und wählbar“. Lediglich die Grünen scherten aus. Die Position beider SVP-Kandidaten u.a. in den Bereichen Klima, Biodiversität und Menschenrechte seien für die Fraktion nicht tragbar. Entsprechend empfahlen sie keinen

der beiden SVP-Kandidaten zur Wahl.² Die Grünliberalen kündigten an, dass ihre Fraktion auch wegen ihres klaren Willens für eine Stabilisierung des Verhältnisses zu Europa mehrheitlich Eva Herzog unterstützen würde.

Ein Favorit und eine Überraschungssiegerin – Röstli und Baume-Schneider

Zunächst verabschiedete der eine Woche zuvor gewählte neue Nationalratspräsident Martin Candinas (Die Mitte) die beiden scheidenden Bundesräte Sommaruga und Maurer. Danach schritt die Vereinigte Bundesversammlung zur Wahl, die sich in mehrfacher Sicht als historisch erweisen sollte.

Bei der ersten Runde verlief noch alles wie erwartet: Röstli setzte sich bereits im ersten Wahlgang mit 131 zu 98 Stimmen gegen seinen Parteikollegen Hans-Ueli Vogt durch – für Vogt durchaus ein Achtungserfolg. Nach seiner Wahl erklärte Röstli, seine außerparlamentarischen Mandate während seiner Amtszeit im Bundesrat niederlegen zu wollen.

Ein wahrer Krimi spielte sich bei der Wahl der sozialdemokratischen Nachfolge ab: Elisabeth Baume-Schneider, benötigte drei Wahlgänge, ehe sie mit 123 zu 116 äußerst knapp gegen die Favoritin Herzog aus Basel gewann. Das absolute Mehr lag bei 123 Stimmen. Kurios: Baume-Schneider gab nach der Wahl freimütig zu, sich selbst gewählt zu haben. Bemerkenswert war auch, dass im ersten Wahlgang Daniel Jositsch, obwohl nicht auf dem offiziellen SP-Ticket vertreten, 58 Stimmen erhielt – und danach seine Kandidatur zur wachsenden Verärgerung vieler Parteigenossen auch nicht mehr zurückzog.

Durch den überraschenden Wahlsieg von Baume-Schneider wird erstmals eine Vertreterin des 1979 gegründeten Kantons Jura im Bundesrat vertreten sein, was im Kanton parteiübergreifend frenetisch gefeiert wurde.

Beobachter waren davon ausgegangen, dass Herzog trotz der sich in den letzten Tagen andeutenden wachsenden Unterstützung für Baume-Schneider den Einzug in den Bundesrat schaffen würde. Trotz der Bedeutung des Kantons Basel(-Stadt) als zweitstärkster Wirtschaftsraum der Schweiz wurden erst drei Vertreter aus Basel-Stadt oder Basel-Land in den Bundesrat gewählt und das zuletzt vor über 60 Jahren. Eine Wahl einer Basler Kandidatin war somit in Augen vieler Kommentatoren geradezu überfällig. Zwar genoss die Finanzdirektorin Herzog den Respekt aus bürgerlichen Kreisen des Kantons und machte wohl auch in den Anhörungen der Fraktionen inhaltlich eine bessere Figur als ihre Konkurrentin,

manch einem galt sie jedoch als zu starke und zu dezidiert europafreundliche Kandidatin.

Ein weiterer Grund für das Ergebnis ist Baume-Schneiders sehr erfolgreiche Kampagne, in der sie sowohl mit ihrem als offen und herzlich empfundenen Auftreten wie auch mit der Betonung ihres landwirtschaftlichen Hintergrunds (ihre Bilder mit Schwarznasenschnäbeln (!) waren in aller Munde) punktete. Gerade letzterer Punkt soll bei den Landwirten und auch bei einigen SVPlern verfangen haben. Das persönliche Auftreten gilt auch wegen des herrschenden Kollegialitätsprinzips im Bundesrat bei Wahlen als nicht zu unterschätzender Faktor, der auch inhaltliche Schwächen aufwiegen kann.³ Schließlich wurde in den letzten Monaten wiederholt das fehlende Miteinander im Bundesrat kritisiert.

Letztlich werden auch taktische Überlegungen eine Rolle für ihre Wahl gespielt haben. Einige Parlamentarier könnten für die Kandidatin aus der Romandie gestimmt haben, um damit wiederum mittelfristig dem SP-Gewerkschafter Pierre-Yves Maillard (Waadt) die Nachfolge des ebenfalls aus der Romandie (Kanton Fribourg/Freiburg) stammenden Alain Berset zu erschweren und damit bei der nächsten Ersatzwahl einem männlichen Deutschschweizer SP-Kandidaten den Weg zu ebnet. Einige Beobachter vermuten, dass auch FDPler für die dezidiert linke Baume-Schneider gestimmt haben könnten, da deren Wahl die Sozialdemokraten destabilisieren würde.

Neuverteilung der Departements

Durch die Rücktritte von Ueli Maurer und Simonetta Sommaruga wurden nun das Finanzdepartement und das Department für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) verfügbar. Unklar war, ob und wie sehr man die Ersatzwahl zu einer Postenrotation nutzen würde. Insgesamt blieb es bei einer kleinen Rochade: Karin Keller-Sutter (FDP) wechselt vom Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) ins begehrte Finanzdepartement. Es ist kein Geheimnis, dass ihr bisheriges Departement ursprünglich nicht ihre erste Wahl gewesen war. Interessant: Hätte sich die auf dem Finanzgebiet erfahrene Favoritin Herzog durchgesetzt, wäre die Konkurrenz um das Finanzdepartement, für das sich offenbar auch Alain Berset (SP) interessierte, wohl größer gewesen. Die neugewählte Baume-Schneider wird also den Posten als neue Justiz- und Polizeiministerin antreten. Neuzugang Albert Röstli bekommt das freigewordene Department für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation. Er bekommt somit das Departement, das er als Autolobbyist und Präsident des Interessenverbands der Brennstoffhändler oftmals für dessen Klima- und Energiepolitik kritisiert hat. Alle drei

² Einige Beobachter erwarten, dass diese Ablehnung den Grünen bei einem künftigen Versuch einen Bundesratsplatz zu ergattern noch schaden könnte.

³ Die NZZ bezeichnete Röstli gar als Kandidaten, der die [Konkordanz lebe](#).

neuen Amtschefs werden recht schnell mit großen Herausforderungen konfrontiert werden (Flucht und Migration sowie Energieversorgung) und eher wenig Zeit zur Einarbeitung erhalten.

Die anderen Bundesräte bleiben in ihren Ämtern: Ignazio Cassis (FDP) bleibt Außenminister, Alain Berset (SP) bleibt Innenminister, Viola Amherd (Die Mitte) bleibt Verteidigungsministerin und Guy Parmelin (SVP) bleibt Wirtschaftsminister. Cassis begründete die Ressortverteilung mit der Notwendigkeit von Stabilität.

Im Nachgang zeigten sich vor allem FDP und SVP hochzufrieden: die Freisinnigen freuen sich, das prestigeträchtige und einflussreiche Finanzdepartement ergattert zu haben, die SVP hingegen hofft nun auf eine Kehrtwende im Umweltdepartement in ihrem Sinne. In der SP, bei Grünen und Klimaaktivisten hingegen wird gerade die Amtszuteilung für Röstli stark kritisiert.

Folgen für die Schweizer Politik

Mit der Wahl der Jurassierin setzt sich der Bundesrat nun zum ersten Mal in der Geschichte der Schweiz überwiegend aus lateinisch-stämmigen Repräsentanten zusammen: drei (Guy Parmelin (SVP), Alain Berset (SP), Elisabeth Baume-Schneider (SP)) stammen aus der Romandie, Ignazio Cassis (FDP) aus dem italienischsprachigen Tessin. Sowohl Röstli als auch Baume-Schneider wollten diesen Faktor auf Nachfrage nicht überbewerten, in der Deutschschweiz sorgte diese Konstellation bei einigen Kommentatoren für Unmut. Die Verfassung schreibt eine angemessene Vertretung von Sprachregionen vor; etwa 65% des Schweizer Territoriums, in dem über 70% der Schweizer leben, werden zur Deutschschweiz gerechnet. Diese sind nun nur noch durch drei Bundesräte vertreten, Karin Keller-Sutter (FDP) ist dabei gar die einzige Bundesrätin aus der Ostschweiz.

Für mehr Verstimmung sorgte jedoch das Fehlen von Vertretern der urbanen Schweiz, bzw. der größeren Ballungsräume im erneuerten Gremium. Während insbesondere Baume-Schneider offenbar auch durch das starke Herausstreichen ihres landwirtschaftlichen Hintergrunds ländliche Parlamentarier überzeugen konnte, sind die Vertreter der urbanen Milieus geschockt. Zwar hatte man sich damit abgefunden, dass der ehemalige SVP-Präsident ein erfolgreiches Comeback schaffen würde und somit ein Vertreter des ländlichen Raums für den Züricher Maurer in den Bundesrat gewählt würde. Dass sich aber bei der Wahl der SP-Kandidatin keine städtische Vertreterin – noch dazu eine aus einem der finanzstärksten Kantone – durchsetzen konnte, sorgt für großen Unmut. Kritiker bedauern nicht nur die

mangelnde geographisch/sprachliche Diversität, sondern vermissen auch ein Abbild der ökonomischen Kräfteverhältnisse in der Schweiz, und kritisieren mit Blick auf den nationalen Finanzausgleich auch die Abwesenheit von Geberkantonen im Gremium.

Mitte-Abgeordnete Elisabeth Schneider-Schneiter bezeichnete die Wahl als „schwarzen Tag“ für die Region Basel.

Ein Kommentar bezeichnete die aktuelle Zusammensetzung des Bundesrats als Zerrbild der Schweiz, bei der Gesamterneuerung des Bundesrats nach den Parlamentswahlen im kommenden Herbst müsse die urbane Deutschschweiz wieder eine angemessene Vertretung erhalten.⁴

Durch die Wahrung der parteipolitischen Kontinuität bleibt die Zauberformel in ihrer aktuellen Form vorerst bestehen. Das bedeutet jedoch nicht, dass dies notwendigerweise auch nach den Parlamentswahlen Bestand haben muss. Sollten die Grünen ihr starkes Ergebnis von 2019 wiederholen, kann man erwarten, dass sie mit wesentlich größerer Vehemenz auf einen erstmaligen Bundesratssitz pochen werden. Dann könnten die Karten zumindest teilweise neu gemischt werden. Dabei dürften die SP und die FDP zwar keine Panik, aber doch ein gewisses Maß an Unruhe verspüren:

Sollte bei den Wahlen im kommenden Herbst das Wahlergebnis für die Sozialdemokraten (2019: 16,8%) und für die Liberalen (2019: 15,1%) ähnlich schwach oder gar noch schlechter ausfallen und die Grünen das ihrige (2019: 13,2%) halten oder verbessern können, wird die Frage, warum sowohl SP als auch FDP noch Anspruch auf zwei Bundesratssitze haben sollen, wieder akut. Durch die geschwächte Vertretung der Deutschschweiz könnte die anstehenden Wiederwahlen von Ignazio Cassis (FDP) und Alain Berset (SP) kein Selbstläufer werden. Cassis gilt schon seit längerem als unsicherer Wiederwahlkandidat. Doch am Mittwoch wurde auch deutlich, dass der seit zehn Jahren amtierende und lange beliebte Alain Berset nicht unantastbar ist: Für seine Wahl zum Bundespräsidenten im kommenden Jahr erhielt er nur 140 von 181 gültige Stimmen (46 Stimmzettel wurden zudem leer eingelegt), das schwächste Ergebnis bei einer Bundespräsidentenwahl seit elf Jahren und damit ein sehr deutliches Warnsignal an Berset. Der amtierende Bundespräsident Ignazio Cassis hatte im Vorjahr 157 Stimmen erhalten. Die Tatsache, dass Berset nach bald 11 Jahren nicht das Portfolio wechselte, könnte den Druck zu einem Abschied in nicht allzu ferner Zukunft nochmal verstärken.

Selbst wenn der bisherige Parteienproporz aufrechterhalten werden sollte, dürfte der Druck für einen deutschsprachigen Bundesrat zunehmen – und hier

⁴ <https://www.tagesanzeiger.ch/die-landesregierung-ist-aus-dem-gleichgewicht-813038566849>

hätten die Grünen wohl durchaus einige mögliche Kandidaten vorzuweisen.

Der Sitz der Mitte dürfte hingegen nicht gefährdet sein. Die starke Popularität der einzigen christdemokratischen Bundesrätin, Viola Amherd, spiegelte sich im starken Ergebnis zu ihrer Wahl zur Vizepräsidentin des Bundesrates wider, insgesamt erhielt sie 207 von 223 gültigen Stimmen. Mithin ist zu erwarten, dass sie 2024 turnusmäßig das Amt der Bundespräsidentin übernehmen wird.

Positionen der neuen Bundesräte in der Europapolitik

Mit dem neuen SVP-Bundesrat Röstli dürfte sich mit Blick auf die europapolitische Positionierung im Vergleich zu seinem Vorgänger eher wenig ändern. So zeigte er sich in einem Interview mit der NZZ kritisch gegenüber einer dynamischen Rechtsübernahme von EU-Recht und unterstrich seine ablehnende Haltung gegenüber der, aus seiner Sicht, starken Rolle des Europäischen Gerichtshofs bei einem möglichen Schiedsgericht. Keine Kompromisse gebe es beim eigenständigen Schweizer Lohnschutz. Bereits während seiner Zeit als amtierendem SVP-Präsident im Jahr 2019 hatte Röstli seine Partei vor einem „Einknicken“ gegenüber der EU während der Verhandlungen über das EU-Schweizer Rahmenabkommen gewarnt.⁵

Baume-Schneider bezeichnet sich als „eher europhil“. Der von den Gewerkschaften geforderte Lohnschutz sei aber unverhandelbar. Jedoch zeigte sie sich verhalten offen gegenüber anderen Verhandlungspunkten. Sie unterstreicht beispielsweise die

wichtigen Beziehungen mit der EU beim Forschungsstandort Schweiz und die damit einhergehenden Risiken bei einer langfristigen Entfremdung von der EU. Sie zeigte sich sogar offen für einen möglichen EU-Beitritt der Eidgenossenschaft, wenn auch nicht in absehbarer Zeit. Insgesamt hatte sich ihre Basler Parteikollegin Eva Herzog deutlich entschiedener und klarer pro-europäisch positioniert. Mithin ist der neue Bundesrat in seiner Zusammensetzung nicht euroskeptischer, aber auch nicht EU-freundlicher.

Parlament in der Obhut der Mitte

Mit 181 von 188 Stimmen wurde der Graubündner Kandidat der Mitte, Martin Candinas, am 28. November als neuer Nationalratspräsident gewählt. Der Posten wird oftmals als Amt des „höchsten Schweizer“ bezeichnet. Der Nationalratspräsident leitet die Sitzungen des Nationalrates und der Vereinigten Bundesversammlung und übernimmt zudem repräsentative Aufgaben. Bei Stimmengleichheit hat der Nationalratspräsident den Stichentscheid.

Candinas gab bei seinem Amtsantritt an, vor allem die wirtschaftlichen Handelsbeziehungen pflegen und stärken zu wollen. Der aus der Region Surselva stammende Candinas ist seit 37 Jahren der erste Graubündner in diesem Amt und einer der wenigen Rätomanisch sprechenden Abgeordneten. Er kündigte an, Reden und Sitzungen häufiger in seiner Muttersprache beginnen zu wollen.

Am selben Tag wie Candinas wurde seine Parteikollegin Brigitte Häberli-Koller zur neuen Ständerätin gewählt. Als erste Thurgauerin folgt Häberli-Koller auf den FDP Politiker, Thomas Hefti, der im Oktober seinen Rückzug aus dem Ständerat nach Ablauf der Wahlperiode bekannt gegeben hatte.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Olaf Wientzek

Leiter Multilateraler Dialog Genf

Europäische und Internationale Zusammenarbeit

olaf.wientzek@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“,

CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>)

⁵ <https://www.nzz.ch/schweiz/albert-roesti-wuerde-sich-auf-jedes-departement-freuen-id.1713963>